

**NIEDERSCHRIFT**  
über die  
**23.Sitzung des Bauausschusses**  
der Hansestadt Lübeck  
in der Wahlperiode 2008/2013 am Montag,  
**16.11.2009**

um **16.00** Uhr im Foyer des FB 5 – Planen und Bauen - , Mühlendamm 12

**- Öffentlicher Teil -**

**Anwesend:**

als Vorsitzender	Herr Schindler
als Ausschussmitglieder	Herr Basson Herr Dr. Brock Frau Förster Herr Freitag Herr Howe Herr Iwers Frau Katzberg Herr Krause –Vertreter- Herr Lötsch Frau Mewes –Vertreterin- Herr Quirder Herr Rathke Herr Wiesbrock –Vertreter- Herr Boden - Senator

**Nicht anwesend:**

Herr Pluschkell, Frau Scheel, Herr Dr. Eymer, Herr Lüttke, Herr Schultz

**Ferner nehmen an der Sitzung teil:**

Seniorenbeirat	Herren Driessen, Magdanz
Fachbereichscontrolling	Frau Krabbenhöft, Frau Neitzke
Fachbereichscontrolling	Herr Bössow - Protokollführer
Stadtplanung	Herren Schnabel, Schünemann
GMHL	Herren Schneck, Schellenberger
Verkehr	Herr Dr. Klotz, Frau Gutzeit, Frau Rolcke
Stadtgrün und Friedhöfe	Herr Schott
Personalrat	Herr Kölsch
Wirtschaft, Hafen, Liegenschaften	Frau Grau
Presse und Öffentlichkeitsarbeit	Herr Erz
Projekt NKF/Doppik	Herren Burmeister, Kloth
Schule und Sport	Herr Breuer
LTM	Frau Gastager
Firma Gosch	Herren Paulsen, Woschniak

# A. Tagesordnung

## I. Öffentlicher Teil der Sitzung

### 1.0 Allgemeiner Teil

- 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.2 Anträge und Beschlussfassungen zur Tagesordnung
- 1.3 Niederschriften, öffentlich
- 1.3.1 Niederschrift vom 02.11.2009, öffentlicher Teil

### 2.0 Satzungen/Widmungen/Veränderungssperren

- 2.1 Widmung von Verkehrsflächen gemäß § 6 Abs. (1) des Straßen- und Wegegesetzes (StrWG) für Schleswig-Holstein  
Hier: Teilflächen Auf dem Baggersand; Fahrgasse am Ostpreußenkai (661)
- 2.2 B-Plan 04.38.02 – Lohmühle – Sportanlagen, Park + Ride/Georg-Kerschensteiner Straße-  
Aufstellungsbeschluss- (610) vertagt am 05.10.2009 TOP 2.1 und am 02.11.2009 TOP 2.1 -  
Austauschvorlage-
- 2.3 B-Plan 04.09.00 – Ziegelstraße 7-13  
Aufstellungsbeschluss für einen B-Plan der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren  
gemäß § 13 a BauGB (610) vertagt am 02.11.2009 TOP 2.3

### 3.0 Über- und außerplanmäßige Bewilligung von Haushaltsmitteln

Keine Vorlagen

### 4.0 Planungen, Wettbewerbe und sonstige Beschlussvorlagen

- 4.1 Installation von Windkraftanlagen, Repowering  
– Vorhaben Lübeck Nord  
(Errichtung von zwei neuen Windkraftanlagen und Rückbau von drei bestehenden Windkraft-  
anlagen)  
Neubau – Vorhaben Lübeck Süd  
(Errichtung von zwei neuen Windkraftanlagen)  
Hier: Zustimmung der Bürgerschaft zur Einleitung des Prüfungsverfahrens gem. BimSchG  
durch die Stadtwerke Lübeck (610)
- 4.2 Vermögenshaushalt 2010 und I-Programm 2009-2013 zur Überleitung in den Finanz-  
plan/Investitionstätigkeiten 2010-2013 (1.201) vertagt am 02.11.2009 TOP 4.1
- 4.3 Entwurf Haushaltssatzung 2010 und Stellenplanänderungen 2010 (060) vertagt am 02.11.2009
- 4.4 Änderungsvorlage zum Bürgerschaftsbeschluss vom 26.03.2009  
TOP 13.5 Sporthallensanierung aufgrund gutachterlicher Stellungnahmen (651)
- 4.5 Projekt „Mitten in Lübeck“ Ausschreibung des ersten Bauabschnittes Klingenberg (661)

### 5.0 Mitteilungen und Berichte

- 5.1 Mitteilungen des Vorsitzenden
- 5.2 Sonstige Mitteilungen
- 5.2.1 Veränderung der Verkehrsbelastung in der Brandenbaumer Landstraße durch Gewerbeflä-  
chenerweiterung im Kreis Nordwestmecklenburg (610)
- 5.2.2 Mdl. Vorstellung der Investoren zum Standort Markthalle Travemünde (610)
- 5.2.3 Bericht: Neubau der B 104n – Ortsumgehung Schlutup; Sachstand (661)
- 5.2.4 Bewirtschaftung von Haushaltsmitteln für Gebäudeunterhaltung (651)
- 5.2.5 Energetische Sanierung Gymnasium Thomas-Mann-Schule, Konjunkturprogramm II (651)
- 5.3 Berichte über Verlauf und Ergebnis von Öffentlichkeitsbeteiligungen
- 5.4 Eilentscheidungen des Bürgermeisters

### 6.0 Anfragen, Anregungen und Verschiedenes

- 6.1 Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen
- 6.2 Neue Anfragen
- 6.3 Anträge
- 6.3.1 Bahnhofpunkt Lübeck-Moisling / Neubaugebiet Moisling Süd, Antrag der Fraktion DIE LINKE,  
Auftrag aus der Bürgerschaft vom 29.10.2009 TOP 5.2 Drs. Nr.: 8

## II. Nicht öffentlicher Teil der Sitzung

### **7.0 Niederschriften, Mitteilungen und Berichte**

7.1 Niederschriften, nicht öffentlich

7.1.1 Niederschrift vom 02.11.2009 , nichtöffentlicher Teil

7.2 Mitteilungen

7.3 Berichte

7.3.1 Nordtangente; Sachstandsbericht zu den Straßenbauarbeiten (661)

7.3.2 Nordtangente; Eric-Warburg-Brücke, Mündliche Verhandlung im Urkundsprozeß (661)

### **8.0 Vergaben von 10.000,- EUR bis 175.000,- EUR (VOB/VOL)**

8.1 Siehe Anlage

### **9.0 Ausschreibungen und Vergaben über 175.000,- EUR (VOB/VOL)**

9.1 Ausschreibung von Bauleistungen von mehr als 175.000 EUR im Rahmen des Programms Soziale Stadt Lübeck Buntekuh (670)

9.2 EEM-Maßnahme, Wärmetechnische und energetische Sanierung der Thomas-Mann-Schule, Thomas-Mann-Str. 14, 23564 Lübeck (651)

9.3 EEM-Maßnahme, Wärmetechnische und energetische Sanierung Grundschule Lauerholz, Holzvogtweg 18, 23568 Lübeck (651)

9.4 Ergänzungsblatt zur EEM-Maßnahme, Wärmetechnische und energetische Sanierung Verwaltungsgebäude, Fischstr. 2-6, 23552 Lübeck (651)

### **10.0 Aufträge von 5.000,- EUR bis 25.000,- EUR (VOF, HOAI)**

10.1 Siehe Anlage

### **11.0 Aufträge über 25.000,- EUR (VOF, HOAI)**

Keine Vorlagen

### **12.0 Öffentlich-rechtliche Verträge**

Keine Vorlagen

### **13.0 Herausnahmen aus Veränderungssperren**

Keine Vorlagen

### **14.0 Zurückstellung von Baugesuchen**

Keine Vorlagen

### **15.0 Sonstige Beschlussvorlagen**

15.1 Terminal Konstinkai - Nutzungsänderung und Veräußerung von Teilflächen (1.691, 2.280)

### **16.0 Anfragen, Anregungen und Verschiedenes**

16.1 Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen

16.2 Neue Anfragen

16.3 Anregungen und Verschiedenes

## III. Öffentlicher Teil der Sitzung

### **17.0 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse**

## B. Protokoll:

### I. Öffentlicher Teil der Sitzung

#### 1.0 Allgemeiner Teil

##### 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit fest.

##### 1.2 Anträge und Beschlussfassungen zur Tagesordnung

Die Verwaltung bittet um Absetzung der

**TOP 1.3.1** Niederschrift vom 02.11.2009, öffentlicher Teil und

**TOP 7.1.1** Niederschrift vom 02.11.2009, nichtöffentlicher Teil.

Ferner bittet die Verwaltung darum, den **TOP 4.1** als Bericht unter TOP 5.2.6 zu behandeln.

Herr Quirder bittet darum, die **TOP 4.2** und **TOP 4.3** um eine Sitzung zu vertagen.

Herr Löttsch bittet darum die **TOP 5.2.5** und **TOP 7.3.1** zu vertagen.

Herr Schneck weist darauf hin, dass die Behandlung von TOP 5.2.5 aufgrund der engen Termine nötig wäre und teilt mit, dass die Hinweise des Bauausschusses auch dem Schul- und Sportausschuss zur Kenntnis gegeben würden und bitte um Behandlung.

Auf Nachfragen bringt Herr Schneck zum Ausdruck, dass der Bericht mit Schule und Sport abgestimmt sei und die Maßnahme auch haushaltsmäßig geordnet sei. Herr Löttsch zieht darauf hin, sein Vertagungsersuchen zurück.

***Der Bauausschuss beschließt die Tagesordnung in der Fassung vom 05.11.2009 mit den Änderungen einstimmig.***

##### 1.3 Niederschriften, öffentlich

###### 1.3.1 Niederschrift vom 11.02.2009, öffentlicher Teil

Zurückgezogen.

#### 2.0 Satzungen/Widmungen/Veränderungssperren

##### 2.1 Widmung von Verkehrsflächen gemäß § 6 Abs. (1) des Straßen- und Wegegesetzes (StrWG) für Schleswig-Holstein

Hier: Teilflächen Auf dem Baggersand; Fahrgasse am Ostpreußenkai (661)

###### Beschlussvorschlag:

*Die Widmung der nachfolgend genannten Verkehrsflächen in der Hansestadt Lübeck gemäß anl. Plänen wird beschlossen:*

- ***Teilflächen Auf dem Baggersand*** gemäß Anlage 1  
*Gemarkung Travemünde: Flur 5, Flurstücke 230 (2m<sup>2</sup>), 231 (5m<sup>2</sup>)*

*Die erstmalige Einstufung erfolgt gemäß §3 Abs. (1), Ziffer 2 StrWG als Kreisstraße 3.*

- **Fahrgasse am Ostpreußenkai** gemäß Anlagen 1+2

*Gemarkung Travemünde:*

*Flur 4: Flurstück 211/13 tlw.,*

*Flur 5: Flurstücke 225 (350 m<sup>2</sup>) und 228 tlw. (ca. 1.573 m<sup>2</sup>)*

*Die erstmalige Einstufung erfolgt gemäß §3 Abs. (1), Ziffer 4b StrWG als Sonstige öffentliche Straße – beschränkt öffentliche Straße.*

**Der Bauausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.**

- 2.2 B-Plan 04.38.02 – Lohmühle – Sportanlagen, Park + Ride/Georg-Kerschensteiner Straße Aufstellungsbeschluss-** (610) vertagt am 05.10.2009 TOP 2.1 und am 02.11.2009 TOP 2.1 - Austauschvorlage-

**Beschlussvorschlag:**

*I. Die Bebauungspläne 04.38.00 – Lohmühle – Sportanlagen, Park + Ride - und 05.44.00 – Berufsbildendes Schulzentrum Triftstraße - werden durch den in Text und Zeichnung dargestellten Bebauungsplan 04.38.02 – Lohmühle – Sportanlagen, Park + Ride / Berufsschulzentrum– in dessen Geltungsbereich jeweils teilweise geändert.*

*II. Für den Geltungsbereich werden die in der Begründung näher dargelegten Ziele angestrebt.*

*III. Es wird ein beschleunigtes Verfahren gemäß § 13 a BauGB angewandt. Die uneingeschränkte frühzeitige Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Abs. 1 BauGB ist durchzuführen.*

*VI. Der Aufstellungsbeschluss ist gem. § 2 Abs. 1 BauGB und § 13 a Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.*

Herr Lötsch bemängelt, dass bei der Austauschvorlage die Problematik der Stellplätze nicht vollständig gelöst sei. Ferner möge die Verwaltung die Funktionsweise der Doppelnutzung der Stellplätze vorstellen. Zu den in der Anlage dargestellten Alternativen wünscht sich Herr Lötsch umfangreichere Informationen. Herr Quirder macht deutlich, dass die Varianten in der Vergangenheit bereits in Großformaten vorgestellt worden seien. Herr Basson macht deutlich, dass seiner Meinung nach der Umweltschutz zu beteiligen sei. Es gebe einen Widerspruch bei den entstehenden Kosten. Herr Senator Boden weist darauf hin, dass es sich hierbei um einen Aufstellungsbeschluss handle. Die Alternativen seien im Jahre 2005 detailliert vorgestellt worden. Herr Schnabel teilt auf Frage von Herrn Lötsch mit, dass auf der Seite 4 der Vorlage eindeutig ausgesagt wird, dass durch die Umstrukturierung im 2. Bauabschnitt keine weiteren Stellplatzverpflichtungen ausgelöst werden. Herr Lötsch macht noch einmal deutlich, dass es für ihn nicht darum ginge, den Standort der Schule grundsätzlich in Frage zu stellen, sondern vielmehr um die Gestaltung auf dem Grundstück selbst. Herr Lötsch und Herr Basson bemängeln, dass bei gestellten Fragen des Bauausschusses auf vor Jahren geführte Abstimmungen verwiesen werde. Herr Schneck

führt aus, dass parallel eine Vorlage zur Berufschulentwicklung in den Gremien behandelt werde. Der heutige Aufstellungsbeschluss sei Voraussetzung für die rechtzeitige Umsetzung der Inhalte der Vorlage zur Berufschulentwicklung. Die damalige Untersuchung, von der auch Herr Senator Boden sprach, sei umfangreich gewesen. Herr Schellenberger führt Argumente an, warum die anderen Varianten damals nicht in Frage kamen. Die gewählte und vorgeschlagene Variante sei die kostengünstigste. Herr Howe fragt an, ob aktuell Stellflächen leer stünden. Herr Freitag weist darauf hin, dass, dem Plan nach zu urteilen, einige Stellflächen im 2. Bauabschnitt wegfallen, und bittet um Aufklärung. Herr Schnabel macht deutlich, dass im 2. Bauabschnitt keine zusätzlichen Stellflächen erforderlich sind, die die Verpflichtung nach sich ziehen würden, neue zu schaffen. Sollten vorhandene wegfallen, könnten diese aufgefangen werden. Aktuell geben es Leerstände, die später aufgrund der Nähe zur Schule sicher stärker genutzt würden. Die vorhandenen Stellflächen reichen aus, um den Bedarf zu decken. Herr Schindler macht deutlich, dass man sich hier am Anfang eines Projektes befinde; auf die bestehenden Fragen könnten im weiteren Verfahren Antworten gegeben werden. Herr Lötsch bemängelt, dass vom Bauausschuss gestellte Fragen nur unvollständig durch die Verwaltung beantwortet werden. Herr Breuer erläutert, dass, vor dem Hintergrund der dynamischen Entwicklung der Berufsschulen, die Alternativen im Rahmen der Machbarkeitsstudie im Jahre 2005 untersucht worden seien. Das Ergebnis daraus bestätige den Bürgerschaftsbeschluss.

***Der Bauausschuss beschließt mehrheitlich mit 13 Ja- und 1 Neinstimme gemäß Beschlussvorschlag.***

## **DER BESCHLUSS ERGEHT UNTER BEACHTUNG DES § 22 GO (AUS-SCHLIESSUNGSGRÜNDE).**

**2.3 B-Plan 04.09.00 – Ziegelstraße 7-13 - Aufstellungsbeschluss für einen B-Plan der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB (610) vertagt am 02.11.2009 TOP 2.3**

### **Beschlussvorschlag:**

- I. Für den in den Anlagen in Text und Zeichnung dargestellten Geltungsbereich wird der Bebauungsplan 04.09.00 - Ziegelstraße 7-13 - aufgestellt.*
- II. Für den Geltungsbereich werden die in der Begründung näher dargelegten Ziele angestrebt.*
- III. Es wird ein beschleunigtes Verfahren gemäß § 13 a angewandt. Von der frühzeitigen Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 1 BauGB wird abgesehen.*
- IV. Die Öffentlichkeit ist über die voraussichtlichen Auswirkungen der Planung frühzeitig zu unterrichten. Ihr ist gemäß § 3 (1) BauGB Gelegenheit zu Äußerungen und Erörterungen zu geben (uneingeschränkte Beteiligung der Öffentlichkeit).*

V. Der Aufstellungsbeschluss ist gem. § 2 Abs. 1 und § 13 a Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Herr Quirder macht deutlich, dass es der SPD darum ginge, das Verfahren an dieser Stelle anzuschieben, wenn auch eine Wohnentwicklung an dieser Stelle eher begrüßt würde. Der in der Umgebung angesiedelte Einzelhandel könnte dadurch geschwächt werden. Es müsse hier im Rahmen der anstehenden Bürgerbeteiligung sorgfältig beobachtet werden, ob sich starke Widerstände auftun. In diesem Fall wäre die SPD-Fraktion auch bereit dieses Verfahren zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufzuhalten. Es wird darum gebeten, den Investor darüber zu informieren. Sollte letztendlich dort gebaut werden, sei das Gebäude zur Ziegelstraße hin zu öffnen und eine angemessene Fassadengestaltung zu entwickeln. Herr Howe bringt zum Ausdruck, dass sich, seiner Meinung nach, die Fläche für Wohnungsbau und nicht zur Nahversorgung anbiete. Herr Howe gibt zu bedenken, dass der Einzelhandel in der Fackenburger Allee dadurch gestört würde.

**Der Bauausschuss beschließt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag.**

**DER BESCHLUSS ERGEHT UNTER BEACHTUNG DES § 22 GO (AUS-SCHLIESSUNGSGRÜNDE).**

### **3.0 Über- und außerplanmäßige Bewilligung von Haushaltsmitteln**

Keine Vorlagen

### **4.0 Planungen, Wettbewerbe und sonstige Beschlussvorlagen**

- 4.1 Installation von Windkraftanlagen, Repowerring  
– Vorhaben Lübeck Nord  
(Errichtung von zwei neuen Windkraftanlagen und Rückbau von drei bestehenden Windkraftanlagen)  
Neubau – Vorhaben Lübeck Süd  
(Errichtung von zwei neuen Windkraftanlagen)  
Hier: Zustimmung der Bürgerschaft zur Einleitung des Prüfungsverfahrens gem. BimSchG durch die Stadtwerke Lübeck (610)**

*-Siehe TOP 5.2.6-*

- 4.2 Vermögenshaushalt 2010 und I-Programm 2009-2013 zur Überleitung in den Finanzplan/Investitionstätigkeiten 2010-2013 (1.201) vertagt am 02.11.2009 TOP 4.1**

**Beschlussvorschlag:**

*In den Finanzplan 2010 werden die vom Bereich Haushalt und Steuerung empfohlenen Maßnahmen und Beträge des Rohentwurfs gemäß Anlage 3 für das Jahr 2010 und für den mittelfristigen Zeitraum bis 2013 aufgenommen.*

Vertagt.

**4.3 Entwurf Haushaltssatzung 2010 und Stellenplanänderungen 2010 (060) vertagt am 02.11.2009**

**Beschlussvorschlag:**

1. Der **Produkthaushaltplan** bestehend je Produkt aus dem Produktkontrakt, dem Ergebnisplans und dem Finanzplan incl. der investiven Auszahlungen wird mit den Veränderungen lt.

**Anlage 1** - Veränderungen aus Ausgleichsvorschlägen, Nachmeldungen und Fachausschussempfehlungen zum Ergebnisplan– **Spalte 11** **(blau)**

**Anlage 2** - Veränderungen aus Ausgleichsvorschlägen, Nachmeldungen und Fachausschussempfehlungen zum Finanzplan- **Spalte 10** **(gelb)**  
beschlossen.

1a. Die den Haushaltsanmeldungen zugrunde liegenden Maßnahmen aus den Maßnahmenlisten der Fachbereiche (**Anlage 4**) werden zur Kenntnis genommen. Der Bürgermeister wird beauftragt, die erforderlichen Schritte einzuleiten, um die u.a. in dem Haushalt 2010 vorgesehenen kassenwirksamen Ausgabekürzungen und Einnahmesteigerungen zu realisieren. **(rot)**

1b. Die in der **Anlage 6** beigefügten Monitoring-Maßnahmen werden zur Kenntnis genommen. **(grün)**

2. Die Durchführungsbestimmungen (DB) zur Haushaltssatzung werden in der im **Haushaltsplan** ab Seite 6 abgedruckten Fassung festgesetzt.

3. Aufgrund der §§ 95 ff der Gemeindeordnung (GO) wird nach Beschluss der Bürgerschaft vom ... und mit Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010 wird

1.	im Ergebnisplan mit		
	einem Gesamtbetrag der <b>Erträge</b> auf	515.887.200	EUR
	einem Gesamtbetrag der <b>Aufwendungen</b> auf	619.705.000	EUR
	einen Jahresüberschuss von		EUR
	einen Jahres <b>fehl</b> betrag von	<b>103.817.800</b>	EUR
2.	im Finanzplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	515.875.200	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	581.271.000	EUR
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus <b>Investitionstätigkeit</b> und der Finanzierungstätigkeit auf	85.779.500	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus <b>Investitionstätigkeit</b> und der Finanzierungstätigkeit auf	133.878.300	EUR

festgesetzt

**(Stand: Nachmeldeliste Anlagen 1 und 2 vom 10.11.2009).**

§ 2

Es werden festgesetzt:

1. der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen 27.884.700 EUR



2.	der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	48.901.900	EUR
3.	der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	300.000.000	EUR
4.	die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen auf	2.874,71	

### § 3

Die Hebesätze für die Realsteuern sind wie folgt festgesetzt:

1.	Grundsteuer	
	a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A)	350 %
	b) für die Grundstücke (Grundsteuer B)	480 %
2.	Gewerbsteuer	430 %

### § 4

Der Höchstbetrag für unerhebliche über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen, für deren Leistung oder Eingehung der Bürgermeister seine Zustimmung nach § 95 d Abs. 1 oder § 95 f Abs. 1 Gemeindeordnung erteilen kann, beträgt **100.000 EUR unmittelbar**. Die Genehmigung der Bürgerschaft gilt in diesen Fällen als erteilt. Bei Beträgen **von 100.000,01 EUR bis 250.000 EUR** muss der Bürgermeister das Votum des Finanz- und Personalausschusses einholen, ausgenommen davon ist die Verwendung bzw. Weiterleitung von zweckgebundenen Drittmitteln. Der Bürgermeister ist verpflichtet, der Bürgerschaft mindestens halbjährlich über die geleisteten über- und außerplanmäßigen Ausgaben und die über- und außerplanmäßig eingegangenen Verpflichtungen zu berichten.

Mit Ausnahme der Eilentscheidungen des Bürgermeisters nach § 65 Abs. 4 GO ist bei einer beabsichtigten Verwendung von Budgetmitteln als Deckung für Maßnahmen im Zuständigkeitsbereich eines anderen Fachausschusses auch eine vorbereitende Beratung im abgebenden Fachausschuss und im Falle widersprechender Empfehlungen der beteiligten Fachausschüsse das koordinierende Votum des Hauptausschusses einzuholen.

### § 5

Für die Wirtschaftspläne der **städt. SeniorInneneinrichtungen** werden festgesetzt:

		2010 EUR
1.	im Erfolgsplan	
	die Erträge auf	22.233.100
	die Aufwendungen auf	22.653.300
	der Jahresverlust auf	420.200
2.	im Vermögensplan	
	die Einnahmen auf	125.000
	die Ausgaben auf	125.000
3.	der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0
4.	der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	0
5.	der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	2.700.000

### § 6

Der Gesamtbetrag für max. abzuschließende Zinsderivate wird für das Jahr 2010 auf 50 Mio. **EUR** festgesetzt.

### § 7

Kassenkredite dürfen mit einer über das Haushaltsjahr hinaus gehenden Laufzeit maximal bis zum Ende des Finanzplanungszeitraumes aufgenommen werden

---

Die kommunalaufsichtliche Genehmigung wurde am ... erteilt.

#### 4. Stellenplan

4.1 Der Nachtragsstellenplan 2009 (2.820,11 Planstellen) wird zu dem Haushaltsjahr 2010 um die sich aus der **Anlage 5a** ergebenden Stellenplanänderungen (Veränderungsliste) ergänzt und in der sich daraus ergebenden Fassung als **Stellenplan für das Haushaltsjahr 2010** festgesetzt (2.874,71 Planstellen).

4.2 Die sich aus der Anlage **5b** ergebenden **Stellenplanveränderungen (Hebungen)** gem. erfolgter Bewertung im Stellenplan 2010 festgeschrieben.

Vertagt.

#### 4.4 **Änderungsvorlage zum Bürgerschaftsbeschluss vom 26.03.2009 TOP 13.5 Sporthallensanierung aufgrund gutachterlicher Stellungnahmen (651)**

##### **Beschlussvorschlag:**

1. Der Bürgerschaftsbeschluss vom 26.03.2009 TOP 13.5 unter Punkt 1 wird aufgehoben mit verändertem Beschluss-vorschlag:  
Für die Sporthallenstandorte Gymnasium Thomas-Mann-Schule, Holstentorgemeinschaftsschule, Grund- und Gemeinschaftsschule Vorwerk und Grund- und Regionalschule Anna-Siemsen / Johannes Kepler werden auf der Grundlage eines funktionalen Leistungsprogrammes der VOB § 5 baugleiche unechte Dreifeld-Sporthallen (22x45 m) als Generalunternehmer-ausschreibung „Planen und Bauen“ aus einer Hand als Ersatzneubauten durchgeführt.  
Die Einfeldsporthalle mit angegliedertem Gymnastikraum der Grundschule Lauerholz wird saniert.
2. Die unter Punkt 1 aufgeführten 4 Sporthallen als Ersatzneubauten werden als Passivhaussporthallen geplant und ausgeführt.

Herr Basson bittet darum, die Änderungen noch einmal zu benennen.

Herr Schneck nennt die Änderungen, wie sie auch in der Vorlage genannt sind. Herr Basson fragt nach, ob es erfahrungsgemäß preiswerter und besser sei, nur ein Unternehmen für mehrere Sporthallen zu beauftragen. Herr Schindler merkt an, dass diese Frage bereits in einer der vorherigen Sitzungen beantwortet worden sei. Herr Freitag fragt nach, wie die Ersparnis durch den Vorsteuerabzug entstünde. Frau Krabbenhöft erklärt, dass die Sporthallen seit 2008 (*nachträgliche Anmerkung: Rückwirkend seit 01.01.2007*) einen Betrieb gewerblicher Art darstellen und somit Nettosummen zu zahlen seien, wodurch der Betrag sich reduziere.

**Der Bauausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.**

#### 4.5 **Projekt „Mitten in Lübeck“ Ausschreibung des ersten Bauabschnittes Klingenberg (661)**

##### **Beschlussvorschlag:**

*Das Ausschreibungsverfahren 1. BA Klingenberg wird begonnen.*

Herr Freitag fragt nach, ob die Infrastrukturmaßnahmen (Strom, Wasser, Abwasser) mit dem Bereich Märkte und LTM besprochen worden seien.  
Herr Senator Boden bringt zum Ausdruck, dass diese Abstimmungen im Vorfeld stattgefunden hätten.

***Der Bauausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.***

## **5.0 Mitteilungen und Berichte**

### **5.1 Mitteilungen des Vorsitzenden**

Herr Schindler teilt dem Bauausschuss die Sitzungstermine des Bauausschusses für das Jahr 2010 mit.  
*Diese Übersicht liegt der Niederschrift bei.*

### **5.2 Sonstige Mitteilungen**

#### **Brolingplatz**

Herr Senator Boden teilt mit, dass die Planungsmittel in Höhe von 60.000 EUR im Zusammenhang mit der Umgestaltung des Brolingplatzes jetzt in den Finanz- und Personalausschuss zur Freigabe gegeben werden müssen, da diese bislang noch mit einem Sperrvermerk versehen sind.

***Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.***

#### **LTM - Markt- und Weihnachtsstände 2010**

Frau Gastager stellt die Stände vor, die im Rahmen eines durchgeführten Designwettbewerbs ausgewählt wurden. Diese sollen auf dem Weihnachtsmarkt 2009 in der unteren Breiten Straße aufgestellt werden um sie durch die Besucher des Marktes bewerten zu lassen. Der Siegerstand soll dann ab 2010 auf den Märkten eingesetzt werden.

*Frau Gastager verteilt Unterlagen zu den Ständen an die Bauausschussmitglieder.*

Herr Howe fragt nach, ob schon bekannt sei, wie hoch die Miete für diese Stände sei. Frau Gastager bringt zum Ausdruck, dass dies noch nicht beziffert werden könne, da noch nicht klar sei, wer Bauherr der einzelnen Hütten werde. Herr Quirder fragt nach, ob vorgesehen sei, dass alle Aussteller, insbesondere auch die gemeinnützigen Vereine den Gewinnerstand verwenden müssen. Frau Gastager stellt heraus, dass die Umsetzung in einem Stufenmodell vorgesehen sei. Nicht alle müssen sofort diesen Stand verwenden. Herr Schindler fragt nach, was es mit der 4. Hütte der Marktkaufleute auf sich habe. Frau Gastager teilt mit, dass es sich hierbei um ein Votum des Wirtschaftsausschusses handle, eine 4. Hütte aufzustellen. Die Frage, warum die Marktkaufleute nicht an der Jurysitzung zur Entscheidung über einen Stand im Rahmen des Designwettbewerbs teilnahmen, kann Frau Gastager nicht beantworten. Herr Senator Boden fragt nach, wie die Abstimmung geplant sei. Frau Gastager stellt in Aussicht, dass es dazu noch eine Pressekonferenz geben werde. Es sei geplant Flyer Zur Teilnahme an der anonymen Abstimmung einzusetzen und ebenfalls das Voting im Internet zu ermöglichen, wobei das Voting nicht hundertprozentig überwacht werden könne. Zur Frage, ob der 4. Stand ebenfalls aufgestellt und zur Abstimmung gestellt würde, entgegnet Frau Gastager dass dies kritisch gesehen werde, da wohlmöglich Schadenersatzforderungen auf die LTM zukämen könnten, wenn

dieser Stand ausgewählt würde und nicht einer der 3 Gewinner des Designwettbewerbes. Auf die Frage von Herrn Dr. Brock, ob die LTM sich verpflichtet habe, den Siegerstand zu bauen, antwortet Frau Gastager, dass der Siegerstand in einer Auflage von 50 Stück gebaut werden soll. Herr Lötsch stellt in Frage, wie sich einerseits die LTM verpflichtet, wobei andererseits der rechtmäßige Ablauf des Votings nicht sichergestellt werden könne.

### ***Der Bauausschuss nimmt Kenntnis***

#### **Sperrung Huxstraße für den Kfz-Verkehr an den Adventssamstagen**

Herr Dr. Klotz berichtet, dass die Huxstraße am nächsten Samstag, wie auch an den Advents-Samstagen in der Zeit von 11.00 bis 18.00 Uhr für den Kfz-Verkehr gesperrt wird. Die Sperrung wird durch Einsteckpoller vorgenommen, da die zuvor verwendeten Baustellenbaken für Fußgänger aufgrund des Baustellencharakters abschreckend wirkten. Die Hülsen für diese Einsteckpoller werden in den kommenden Tagen eingesetzt.

### ***Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.***

#### **5.2.1 Veränderung der Verkehrsbelastung in der Brandenbaumer Landstraße durch Gewerbeflächenerweiterung im Kreis Nordwestmecklenburg (610)**

Herr Lötsch kritisiert das gewählte Verfahren, den Bürgerschaftsauftrag „zur Entlastung zurückzugeben“. Herr Schünemann erläutert, dass trotz mehrmaliger Nachfragen keine Antwort des Kreises Nordwestmecklenburg geliefert worden sei, wodurch keine Möglichkeit bestünde, der Bürgerschaft eine fachlich begründete Antwort von der zuständigen Dienststelle in NWMzu liefern. Zum Verfahren sagt Herr Schünemann, dass, seiner Ansicht nach, der gewählte Weg, nach der letzten Fristsetzung den Bürgerschaftsauftrag über einen Bericht zurückzugeben, der richtige sei. Herr Dr. Brock bringt seine Verwunderung darüber zum Ausdruck, warum die benötigten Informationen nicht auch in Eigenleistung gewonnen werden können, wenn andererseits eine Neubaumaßnahme gestartet wird. Herr Schünemann erläutert, dass wenn es trotz jahrelangem Nachfragen zum geplanten Ausbau des Gewerbegebietes Lüdersdorf keine Rückmeldung gibt, die Möglichkeit in Betracht gezogen werden müsse, dass dieser Ausbau unter Umständen evtl. gar nicht oder in anderen Größenordnungen erfolgen wird; insofern fehlt es an der Grundaussage.

Unabhängig davon hat die Gemeinde Lüdersdorf bereits bei der Planung der A20 eine Anschlussstelle Lüdersdorf für den direkten Anschluss eines bestehenden bzw. geplanten Gewerbegebietes Lüdersdorf an die A 20 bzw. an das Fernverkehrsstraßennetz gefordert. Bekanntermaßen ist diese Anschlussstelle auch gebaut worden.

Der Fachbereich 5 hat zur zukünftigen Gestaltung der Brandenbaumer Landstraße vor wenigen Wochen einen Bericht für die Bürgerschaft ins Verfahren gegeben, in dem auch zur Querschnittsgestaltung und zum Verkehrsaufkommen eine Aussage gemacht wurde. Die dort vorgesehene Dimensionierung der Straße (Fahrbahnbreite 9,50m mit flexibler Aufteilung)

ist für das Verkehrsaufkommen von ca. 16.000 Kfz/ 24 Stunden ausreichend. Sollte es zu dem Gewerbegebiet Lüdersdorf kommen, wäre aufgrund der Anschlussstelle A20 Lüdersdorf eine Verkehrsverteilung Richtung Eichholz nach hiesiger Einschätzung nicht zu erwarten. Außerdem fließen Verkehre aus Eichholz zur A 20 auch über o.g. Anschlussstelle ab.

Die Verkehrssituation am Kaufhof (mehrfach Thema im Bauausschuss) lässt auch in Zusammenwirken mit den benachbarten Strecken eine deutliche Steigerung des Ver-

kehrsaufkommens nicht zu. Die vorgenommene Dimensionierung der Brandenbauer Landstraße (Landesstraße) ist hierauf ebenfalls ausgerichtet.

Herr Lötsch teilt mit, dass, seiner Meinung nach, diese zusätzlichen mündlichen Informationen den Bericht eindeutiger gestaltet hätten.

Herr Schindler lässt über den schriftlichen Bericht mit den von Herrn Schünemann geleisteten mündlichen Ergänzungen abstimmen.

***Der Bauausschuss nimmt den Bericht mehrheitlich mit 10 Ja- und 4 Neinstimmen zur Kenntnis.***

### **5.2.2 Mdl. Vorstellung der Investoren zum Standort Markthalle Travemünde (610)**

Die Herren Paulsen und Woschniak stellen die Planungen zur Markthalle in Travemünde vor. Die Halle soll eine Brutto-Grundfläche von 1800 m<sup>2</sup> bekommen, die zu einem Drittel mit Gosch, einem Drittel mit Shops und einem Drittel mit Marktfläche belegt werden soll. Nach einer Diskussion über mögliche Alternativstandorte machen die Investoren deutlich, dass aus Ihrer Sicht lediglich der Standort Tornadowiese in Frage käme.

Herr Schindler fragt nach, wie die Nutzung der Marktfläche im täglichen Gebrauch aussehen soll. Herr Paulsen führt aus, dass ein Mischmarkt vorgesehen sei. Herr Howe fragt nach, wo die Kunden der Markthalle parken sollen, wenn das Leuchtenfeld nicht mehr zum Parken zur Verfügung stehe. Herr Schindler merkt an, dass ohnehin Ersatzflächen geschaffen werden müssen, wenn Parkflächen wegfallen, z.B. in einem neuen Parkhaus an der Paul-Brümmer-Straße. Herr Paulsen fügt hinzu, dass er sich nicht zuständig für die Infrastruktur von ganz Travemünde sieht. Auf Nachfrage von Herrn Dr. Brock antwortet Herr Woschniak, dass auch nach außen eine Außengastronomie vorgesehen und dass das Gebäude zweigeschossig geplant sei. Herr Lötsch bittet darum, bei der Planung dafür Sorge zu tragen, dass die Gebäudetechnik nicht auf dem Dach installiert werde. Herr Krause fragt nach, ob die ursprünglich genannten Firsthöhen von 13-15 Meter nach der aktuellen Planung noch zutreffend wären. Herr Paulsen führt aus, dass man mit 10 Metern auskommen könne. Herr Lötsch fragt nach, welches Verfahren für die Entscheidung über die genannten Varianten vorgesehen sei. Ferner wünscht sich Herr Lötsch eine Visualisierung des Vorhabens um zu sehen, wie sich das geplante Gebäude dort einfügen könnte. Herr Quirder spricht sich dafür aus, erst den Masterplan für die Uferpromenade abzuwarten und ebenfalls die Umgestaltung am Leuchtenfeld und ehem. Aqua Top mit zu berücksichtigen. Die Abmessungen der Gebäudefläche hält Herr Quirder für zu groß. Zudem hätte sich der Gestaltungsbeirat für eine andere Fläche ausgesprochen und auch nach Herrn Quirders Auffassung wäre die Markthalle an dem gewünschten Standort nicht zuträglich.

Herr Howe weist darauf hin, dass die Tornadowiese die niedrigste Stelle in Travemünde darstellt und bittet die Bebauung eine solche Fläche vor dem Hintergrund der Überschwemmungsgefahr kritisch zu überdenken. Zudem seien es auch die Grünflächen, weshalb Touristen nach Travemünde kämen und eine solche müsste hier weichen. Der Fischereihafen stelle nach Herrn Howes Auffassung adäquate Flächen zur Verfügung. Herr Paulsen sagt eine Animation zu, allerdings erst, nachdem der Wettbewerb zur Gestaltung der Markthalle abgeschlossen sei. Herr Senator Boden zeigt noch einmal die Alternativstandorte auf einem Luftbild und macht in diesem Zusammenhang auch deutlich, dass Herr Bürgermeister Saxe deutlich gemacht hätte, dass seiner Meinung nach eine maximale Grundfläche von 20x60 Metern bei einem zweigeschossigen Gebäude verträglich sei. Herr Schindler fragt nach dem Stadium des Entwurfs des Masterplans für Travemünde. Herr Senator Boden teilt mit, dass dieser ausgearbeitet sei und ja nach Ergebnis im Senat voraussichtlich in der Januarsitzung dem Bauausschuss vorgestellt werden könne. Herr Schindler sieht mit dieser Ansiedlung eine Attraktivitätssteigerung und spricht sich ausdrücklich dafür aus, dass

Gosch nach Travemünde kommt. Herr Krause teilt die Meinung des Vorsitzenden. Herr Quirder bringt erneut zum Ausdruck, dass es aus seiner Sicht noch große Probleme hinsichtlich der Massivität des Gebäudes und des Standortes gebe.

***Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.***

### **5.2.3 Bericht: Neubau der B 104n – Ortsumgehung Schlutup; Sachstand (661)**

***Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.***

### **5.2.4 Bewirtschaftung von Haushaltsmitteln für Gebäudeunterhaltung (651)**

Herr Lötsch merkt an, dass dieser Bericht „in enger Abstimmung mit den Bereichen“ erarbeitet werden soll, welche in dem Bericht nicht erkennbar sei.

Herr Senator Boden teilt mit, dass die enge Abstimmung durch die Geschäftsgrundlage zwischen den einzelnen Bereichen geregelt sei. Herr Schindler merkt an, dass die Jahreszahl von „2009“ in „2010“ geändert werden möge, da es sich hierbei offensichtlich um einen Druckfehler handle.

***Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.***

### **5.2.5 Energetische Sanierung Gymnasium Thomas-Mann-Schule, Konjunkturprogramm II (651)**

Herr Schindler fragt nach, ob es Veränderungen gegenüber dem im September vorgelegten Konzept gebe.

Herr Schneck teilt mit, dass es Einsparungen in Höhe von 170.000 EUR gegeben hätte. Diese wäre durch den Verzicht auf Lamellenfenster, Waschtischen in allen Räumen und der Tonziegelfassade erreicht worden. Herr Schindler rechnet vor, dass es sich hierbei lediglich um eine Einsparung von 2,5% handle und fragt nach, warum der Prüfauftrag des Bauausschusses, eine Einsparung von 5% zu erzielen, in diesem Bericht nicht einmal erwähnt bzw. umgesetzt wurde. Herr Schneck führt aus, dass weitere Einsparungen aus fachlicher Sicht nicht empfohlen werden können, worauf Herr Schindler bittet, diese Informationen in den Bericht mit aufzunehmen. Herr Senator Boden ergänzt, dass es sich hierbei um das Ergebnis der Einsparbemühungen in Abstimmung mit Schule und Sport handle. Herr Schellenberger teilt mit, dass die Intention des Berichtes war, die Finanzierung aufzuzeigen. Neben der energetischen Sanierung hätten sich weitere Sanierungsfelder aufgetan. Herr Quirder bittet darum, die Einsparungen in ausführlicher Form dem Protokoll bei zu legen. Herr Dr. Brock fragt nach, ob das gesamte Bauvolumen förderfähig nach dem Konjunkturpaket wäre. Herr Schneck führt aus, dass nur der Teil zur energetischen Sanierung zum Konjunkturpaket angemeldet werden konnte. Herr Lötsch macht deutlich, dass es auch aus seiner Sicht gut wäre, wenn die Änderungen hier ersichtlich würden. Herr Basson bringt zum Ausdruck, dass, seiner Meinung nach, bei der Begehung der Thomas-Mann-Schule von einem Investitionsvolumen von 4,8 Mio. EUR für die komplette Sanierung die Rede gewesen sei und dass der Mehrbedarf sich lediglich durch den Neubau der Ersatzräume für sonst aufzustellende Container ergebe. Herr Schneck erläutert, dass zwei Varianten vorgestellt worden seien, zum einen der Erhalt des 70er-Jahre-Baus, zum anderen der Ersatz dieses Baus. Da man zu dem Ergebnis gekommen sei, dass sich aus finanzieller Sicht beide Varianten gleich verhalten, sei entschieden worden, das bestehende Gebäude zu sanieren, wodurch die Möglichkeit geschaffen werden könne, die Schüler in den anfangs erstellten Gebäudeteilen un-

terzubringen, während andere Gebäudeteile saniert werden. Herr Senator Boden erläutert, dass ursprünglich die gesamte Schule für den Haushalt angemeldet worden sei, nachdem das Konjunkturpaket bereitgestellt wurde, seien förderfähige Teile der Schulsanierung für das Konjunkturpaket angemeldet worden.

***Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.***

- 5.2.6 Installation von Windkraftanlagen, Repowerring  
– Vorhaben Lübeck Nord  
(Errichtung von zwei neuen Windkraftanlagen und Rückbau von drei bestehenden Windkraftanlagen)  
Neubau – Vorhaben Lübeck Süd  
(Errichtung von zwei neuen Windkraftanlagen)  
Hier: Zustimmung der Bürgerschaft zur Einleitung des Prüfungsverfahrens gem. BimSchG durch die Stadtwerke Lübeck (610)**

***Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.***

- 5.3 Berichte über Verlauf und Ergebnis von Bürgerbeteiligungen**  
Keine Berichte
- 5.4 Eilentscheidungen des Bürgermeisters**  
Keine Vorlagen

## **6.0 Anfragen, Anregungen und Verschiedenes**

### **6.1 Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen**

- 6.1.1 Fährvorplatz – Sichere Querungsmöglichkeit  
Anfrage vom 02.02.2009 TOP 6.2.5 Herr Howe**  
Herr Howe erinnert an seine Anfrage bezüglich einer sicheren Querungsmöglichkeit für mobilitätseingeschränkte Personen, die zwar damals beantwortet worden sei, die Querungsmöglichkeit nun aber bei Schnee neuerlich problematisch sei.

**Antwort:**

Herr Dr. Klotz teilt mit, dass nunmehr kurzfristig die Steine abgefräst und anschließend geflammt werden, sodass diese dann ebener und auch griffiger sind. Diese Maßnahme dauert etwa 2 Tage und werde noch dieses Jahr erledigt.

***Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.***

- 6.1.2 Sachstand Priwall Waterfront  
Anfrage vom 02.11.2009 TOP 6.2.2 Herr Lötsch**  
Herr Lötsch bittet zur nächsten Sitzung um Darstellung des Sachstandes in Sachen „Priwall Waterfront“ im Rahmen eines eigenen TOP.

**Zwischennachricht:**

Herr Senator Boden teilt mit, dass dieses Thema bewusst nicht auf die Tagesordnung gesetzt worden sei, da zuvor noch Abstimmungen in Bezug auf die Stellungnahme der Kommunalaufsicht stattfinden müssten. Dem Bauausschuss soll dieses Thema im Januar vorgelegt werden.

Herr Basson fragt nach, ob es einen neuen Sachstand zu den Verhandlungen mit dem Seglerverein gibt. Herr Senator Boden teilt mit, dass es einen neuen, aus Sicht der Verwaltung guten, Verhandlungsstand gibt. Darüber wird in der entsprechenden Vorlage berichtet. Herr Schindler fragt nach, ob auch der Investor über diese Zeitschiene informiert sei. Herr Senator Boden macht deutlich, dass vorab auch mit dem Investor diesbezüglich gesprochen werde.

Herr Lötsch bittet darum, die Unterlagen wenn möglich früher als sonst üblich zu verschicken.

### ***Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.***

#### **6.1.3 Sachstand Bahnbrücke**

##### **Anfrage vom 02.11.2009 TOP 6.2.17 Herr Pluschkell**

Herr Pluschkell fragt nach dem Stand der Planung zum Bau der neuen Bahnbrücke und verweist auf einen an Herrn Dr. Klotz und Herrn Schünemann verschickten Fragebogen diesbezüglich. Es wird darum gebeten, diesen in einer der nächsten Sitzungen zu beantworten.

##### **Antwort:**

#### **1. Wie sehen die Planungen für den Neubau der Bahnbrücke aus, zeitlich organisatorisch und finanziell?**

Die Planungen sollen kurzfristig und spätestens Anfang 2010 begonnen werden, sobald eine positiv beschiedene Fördervoranfrage (derzeit in der Bearbeitung) vorliegt. Zu diesem Zeitpunkt soll auch die Abteilung 5.661-2.4 Brückenbau um mindestens einen Ingenieur personell verstärkt werden, um nicht allein die Bahnbrücke, sondern auch weitere Arbeiten für das SIP-Brücken ("Sonderinvestitionsprogramm zur Sanierung und zum Neubau von Brücken und Infrastrukturbauten") voranzutreiben. Die finanzielle Ordnung ist mit dem Haushaltsentwurf für das Jahr 2010 ff. vorgelegt worden und muss von der Bürgerschaft beschlossen werden. Sofern die Planungen und Abstimmungen mit sämtlichen Betroffenen (ggf. Planfeststellungsverfahren) zügig erledigt werden, soll der Neubau spätestens im Jahr 2012 begonnen werden. Als reine Bauzeit werden derzeit ca. 2 Jahre veranschlagt.

#### **2. Wird eine Behelfsbrücke gebaut ? Wenn ja, wo und mit wieviel Fahrspuren?**

Es wird nach derzeitigem Stand wohl sehr sicher eine Behelfsbrücke geben. In Abstimmung mit der DB AG (Hauptbetroffener) wird die Lage konkretisiert, die derzeit noch nicht feststeht. Die Behelfsbrücke wird aus Platzgründen maximal zwei Fahrstreifen aufweisen.

#### **3. Mit welchen Verkehrseinschränkungen und -behinderungen ist zu rechnen?**

Im Gegensatz zu den Brückenneubaumaßnahmen "Roter Löwe" und "Meierbrücke" werden die Verkehrseinschränkungen im städtischen Straßennetz deutlich spürbarer sein. Immerhin wird mit der Fackenburger Allee die Hauptmagistrale zur Altstadtinsel und damit zum Lübecker Stadtkern eingeschränkt. Nichtsdestotrotz wird mit einer großräumigen Umleitungsbeschilderung, geänderten Lichtsignalsteuerungen und der zwischenzeitlich voll unter Verkehr stehenden Nordtangente und alternativen Routen südlich der Bahnbrücke der Verkehr nach einer Phase der Eingewöhnung insgesamt mit hinreichender Verkehrsqualität fließen können. Das zeigen bundesweit die Erfahrungen mit ähn-



lichen Verkehrseinschränkungen. Für die erwartete, nur zweistreifige Behelfsbrücke soll geprüft werden, ob statt einem Fahrstreifen je Richtung nicht auch eine temporäre Richtungsvorgabe (Frühstunden und Vormittage: Richtung stadteinwärts, Nachmittage und Abendstunden; Fahrtrichtung stadtauswärts) für die beiden Fahrstreifen zum Tragen kommen kann. Dies ist aber nach derzeitigem Planungsstand nur eine erste Überlegung und muss noch grundlegend überdacht werden.

4. Welche Umleitungsstrecken sind geplant? Ist die Friedenstraße eine sinnvolle Umleitungsstrecke? Wenn ja, wird dies im Hinblick auf die dort geplanten Baumaßnahmen berücksichtigt?

Unter Bezugnahme auf die Antworten zu 3. wird hier noch einmal mitgeteilt, dass die konkreten Umleitungsstrecken und deren verkehrstechnischen Veränderungen noch nicht untersucht wurden. Demzufolge können Antworten hierzu auch erst in der Folgezeit gefunden und übermittelt werden. Die Friedenstraße ist aber sicher - nach deren Umbaumaßnahmen mit gleichzeitigem Rückbau von dortigen Lichtsignalanlagen und Beschilderungen (Tempo 30-Zone) - keine geeignete Umleitungsstrecke; sie wird nicht in die Überlegungen einbezogen, da sie künftig eine reine Quartierstraße und alleinig dem Quell- und Zielverkehr dient. Gleiches gilt für die Marienbrücke, über die dann der Quartiersverkehr mit Ziel "Altstadtinsel" geführt werden soll und damit auch nach dem Umbau des Knotenpunktes "Friedenstraße/ Schwartauer Allee/ Marienstraße" eine lokale (nicht jedoch großräumige) Entlastung gerade auch für den Zeit der Baumaßnahme Neubau Bahnhofsbrücke übernehmen kann.

***Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.***

**6.1.4 Straßenbenennung Peenestieg,  
Anfrage vom 21.09.2009 TOP 6.2.10 Herr Magdanz**

Herr Magdanz bittet darum zukünftig Straßennamen kritischer auszuwählen. Störend wäre seiner Ansicht nach z.B. der „Peenestieg“. Soweit möglich wäre eine Änderung wünschenswert.

**Antwort:**

Das zuständige Sachgebiet 5.661-2.13 Straßenkataster/ Geodaten hat die Anregung des anfragenden Herrn Magdanz geprüft.

Unabhängig davon, dass die Benennung der Straße nach einem der Öffentlichkeit sicherlich bekannten Wasserlauf erfolgt ist (die Peene ist der westliche Mündungsarm der Oder zwischen dem Festland und der Insel Usedom, vgl. auch „Peenemünde“), wird durch die geäußerte Kritik kein Handlungsbedarf gesehen. Eine Umbenennung hätte weit reichende und auch finanzielle Auswirkungen, nicht zuletzt für die Anwohner und Grundeigentümer in der Straße selbst (Änderungen von Grundbucheinträgen etc.). Auch ist der Bauausschuss in seiner Sitzung am 21.09.2009 der Anregung des Herrn Magdanz ausdrücklich nicht gefolgt. Letztendlich hatte der Bauausschuss in seiner Sitzung am 03.11.1997 genau diese Namensgebung „Peenestieg“ beschlossen.

#### **6.1.5 Fußgängerüberweg am Marliring,**

##### **Anfrage vom 02.11.2009 TOP 6.2.3 Herr Wiesbrock**

Herr Wiesbrock fragt nach, ob es möglich sei, den Fußgängerüberweg am Marliring derart zu erweitern, dass es auch Radfahrern möglich ist, an der Stelle zu queren. *Er übergibt dem Protokollführer ergänzend die von ihm schriftlich aufgezeichneten Vorstellungen.*

##### **Antwort:**

Zu der gestellten Frage nebst inhaltlichen Anregungen ist eine umfassende Erörterung im zuständigen Arbeitskreis für Verkehrsfragen (AKV) nötig. Dieser Arbeitskreis wird sich am 15.12.2009 – und damit in seiner nächstmöglichen Sitzung – mit den Fragen und Anregungen befassen. Ein Ergebnis kann dann voraussichtlich im neuen Jahr 2010 mitgeteilt werden.

#### **6.1.6 Demontierte Leuchten am Schlutuper Hafen,**

##### **Anfrage vom 02.11.2009 TOP 6.2.4 Herr Quirder**

Herr Quirder fragt nach, ob bzw. wann die demontierten Leuchten am Schlutuper Hafen wieder aufgestellt werden. Hierfür sei aber zunächst die Zuständigkeit zu prüfen.

##### **Antwort:**

Die Frage des Herrn Quirder ist dem bislang formal zuständigen und fachlich/ inhaltlich befassten Sachgebiet 5.661-2.25 Verkehrswegebeleuchtung zur Prüfung zugeleitet worden.

Von dort wurde mitgeteilt, dass im vergangenen Frühjahr (2009) im Vorwege zur Verlegung von Versorgungsleitungen seitens der Stadtwerke Lübeck die technisch veraltete Beleuchtungsanlage am Schlutuper Hafen demontiert worden ist. Im gleichen Zeitraum wurde im Bereich des Wendehammers der Küterstraße punktuell die Beleuchtung um eine Leuchte ergänzt.

Die im Jahre 1950 errichtete Anlage mit seinen 18 Holzmasten wäre in diesem Jahr wiederholt auf Standsicherheit zu prüfen gewesen, wobei bereits in den vergangenen Jahren vereinzelt Masten aufgrund nicht ausreichender Standsicherheit getauscht werden mussten. Die gesamte Anlage diene damals/ seinerzeit in erster Linie zur Beleuchtung der Fährzubringerwege. Aktuell ist der Weg entlang des Hafens keine öffentlich gewidmete Verkehrsfläche; für den Unterhalt und die Verkehrssicherung des Weges entlang des Hafens ist der Bereich Stadtgrün und Friedhöfe zuständig. Eine Schulwegssicherung ist nicht gegeben. Folglich ist in diesem Bereich aus Sicht der Verkehrswegebeleuchtung keine Beleuchtungsanlage mehr erforderlich.

Die Erneuerung der Anlage würde Investitionskosten in Höhe von ca. 15.000,00 € zuzüglich des regelmäßigen Unterhaltungsaufwandes erfordern. In Zeiten knapper Haushaltsmittel ist dieses derzeit weder geplant noch von der Verwaltung hinreichend begründbar (vgl. obige Hinweise auf fehlende öffentliche Widmung und fehlende Begründung z.B. zur Schulwegsicherung).

#### **6.1.7 Stand der Planung und Neubau der Bahnhofsbrücke,**

##### **Anfrage vom 02.11.2009 TOP 6.2.17 Herr Pluschkell**

Herr Pluschkell fragt nach dem Stand der Planung zum Bau der neuen Bahnhofsbrücke und verweist auf einen an Herrn Dr. Klotz und Herrn Schünemann verschickten Fragebogen diesbezüglich. Es wird darum gebeten, diesen in einer der nächsten Sitzungen zu beantworten.

##### **Antwort:**

Die Antworten wurden in der Entwurfsfassung des Protokolls zur Sitzung des Bau-

ausschusses am 16.11.2009 schriftlich niedergelegt. Der Bereich 5.661 Verkehr betrachtet damit die Beantwortung der Anfragen des Herrn Pluschkell als erledigt.

**6.1.8 Anfahrbarkeit der Bushaltestelle in der Triftstraße,  
Anfrage vom 16.11.2009 TOP 6.2.2 Herr Magdanz**

Herr Magdanz weist darauf hin, dass in der Triftstraße Dauerparker die Bushaltestelle insofern blockieren, dass der Linienbus die Haltestelle aufgrund des steilen Winkels nicht optimal anfahren kann. Herr Magdanz bittet um Prüfung.

**Antwort:**

Der Hinweis des Herrn Magdanz ist hilfreich für die Verwaltung, da die geschilderten Probleme bei der Anfahrbarkeit der Bushaltestelle nicht bekannt sind.

Die erbetene Prüfung setzt aber eine Erörterung im zuständigen Arbeitskreis für Verkehrsfragen (AKV) voraus. Mitglied im AKV sind auch Vertreter des Stadtverkehrs, so dass eine direkte inhaltliche Rückkopplung mit den dortigen Busfahrern möglich wird. Der Arbeitskreis wird sich am 15.12.2009 – und damit in seiner nächstmöglichen Sitzung – mit dem Hinweis befassen. Ein abschließendes Ergebnis kann dann voraussichtlich im neuen Jahr 2010 mitgeteilt werden.

## **6.2 Neue Anfragen**

**6.2.1 Anfrage:**

Herr Iwers fragt nach, wie der Stand bezüglich der Erweiterung Citti durch zusätzliche Gebäude sei.

**Antwort:**

Herr Senator Boden teilt mit, dass der Verwaltung ein Antrag auf Erweiterung vorliegt und diesbezüglich ein Gespräch bei Herrn Bürgermeister Saxe stattfinden soll, worüber der Bauausschuss in der Dezembersitzung informiert werde. Herr Senator Boden macht deutlich, dass für das Vorhaben eine Bebauungsplanänderung und die Erstellung eines Verkehrsgutachtens nötig seien.

***Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.***

**6.2.2 Anfrage:**

Herr Magdanz weist darauf hin, dass in der Triftstraße Dauerparker die Bushaltestelle insofern blockieren, dass der Linienbus die Haltestelle aufgrund des steilen Winkels nicht optimal anfahren kann. Herr Magdanz bittet um Prüfung.

**6.2.3 Anfrage:**

Herr Howe fragt nach, ob der asphaltierte Straßenflicken am Koberg noch geändert werde.

**Antwort:**

Herr Dr. Klotz teilt mit, dass dies so bleiben müsse, da der Untergrund der Straße defekt sei und eine neuerliche Verzahnung der alten Katzenkopfpflaster eine nur kurzfristige Maßnahme mit unbefriedigendem Ergebnis darstellen würde. Im Zuge der notwendigen grundhaften Sanierung – derzeit vorgesehen für das Jahr 2011 und im

Haushalt hierfür auch mit entsprechend ausreichenden Mitteln angemeldet – sei geplant, den vorhandenen Belag durch „leisen“ Asphalt auszutauschen. Dies würde insbesondere der Aufenthaltsqualität auf dem Platz zugute kommen.

***Der Bauausschuss nimmt Kenntnis***

**6.2.4 Anfrage:**

Herr Lötsch fragt zum Stand der Lichtskulptur auf dem Koberg, ob die Unterlagen zwischenzeitlich vollständig eingereicht worden seien. Weiter fragt Herr Lötsch, ob sichergestellt sei, dass im Falle einer Sanierung die entsprechenden Unterlagen eingereicht werden.

**Antwort:**

Herr Senator Boden macht deutlich, dass die Possehlstiftung der Komplettierung des Kunstwerkes kritisch gegenüber steht. Zwischen dem Künstler und der Stiftung gebe es eine gespannte Situation. Bevor nicht geklärt sei, ob bzw. wann das Kunstwerk fertig gestellt sein wird, werde der Bereich Verkehr hier auch nicht tätig werden.

Herr Dr. Klotz ergänzt, dass das Kunstwerk nach gemeinsamer Auffassung aller Beteiligten definitiv noch nicht fertig gestellt ist und nach der Planung des Künstlers nach dem Winter fertig gestellt werden soll.

***Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.***

**6.2.5 Anfrage:**

Herr Basson fragt nach, ob es möglich wäre eine Diskussionsrunde hinsichtlich des Angebotes am Markt, die Hersteller etc. über die Verwendung von Fenstern (Holz und Aluminium) und Fassaden im Zusammenhang mit energetischen Sanierungen einzuberufen.

**Antwort:**

Herr Schindler sagt zu, die Möglichkeit der Einberufung einer solchen Runde zu prüfen.

***Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.***

**6.2.6 Anfrage:**

Herr Lötsch fragt nach, ob es bereits eine Antwort bezüglich der im vergangenen Bauausschuss gestellten Frage unter TOP 6.2.5 zur Einrichtung des Zweirichtungsverkehrs in der ndl. Wallstraße bei Heick und Schmaltz.

**Antwort:**

Herr Schünemann sagt eine Antwort zur nächsten Bauausschusssitzung zu.

***Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.***

## 6.3 Anträge

### 6.3.1 Bahnhofpunkt Lübeck-Moisling / Neubaugebiet Moisling Süd, Antrag der Fraktion DIE LINKE, Auftrag aus der Bürgerschaft vom 29.10.2009 TOP 5.2 Drs. Nr.: 8

*Die Bürgerschaft hat zu Punkt 4.10 mit Drs. Nr. 8 den nachstehend aufgeführten Antrag der Fraktion DIE LINKE einstimmig abschließend an den Bauausschuss überwiesen:*

*(Bahnhofpunkt Lübeck-Moisling / Neubaugebiet Moisling Süd)*

*Der Bürgermeister der Hansestadt Lübeck tritt in Verhandlung mit dem Eigentümer bzw. Betreiber der Bahnlinie Hamburg-Lübeck (Regionalbahn Schleswig-Holstein) mit dem Ziel, im Stadtteil Moisling einen Haltepunkt für Personenzüge einzurichten.*

*Die Einrichtung des Haltepunktes soll Höhe Oberbüssauer Weg / Kiwittredder erfolgen.*

*Der Haltepunkt ist in den Bahnverkehr zwischen den Stationen Lübeck-Travemünde-Strand und Bad Oldesloe einzubinden. Der Betrieb erfolgt als Regionalbahn- oder S-Bahn-Linie.*

Herr Wiesbrock erläutert, dass im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung einer Stadtbahn und auch in Hinsicht auf die Entwicklung in Dänischburg die Einrichtung eines solchen Bahnhofpunktes geprüft werden soll.

Herr Schünemann macht deutlich, dass hier Kontakt mit der LVS aufgenommen werden müsste. Herr Howe bringt zum Ausdruck, dass es, seiner Meinung nach, unschädlich wäre diese Anfrage bei der LVS zu starten. Herr Quirder teilt mit, dass die LVS bereits mitgeteilt habe, dass die Einrichtung eines Bahnhofpunktes an der Stelle nicht sinnvoll sei. Außerdem sei zu beachten, dass durch einen derartigen Haltepunkt, der Zeitgewinn, der durch die Elektrifizierung der Trasse nach Hamburg erzielt wurde, wieder verloren gehen würde.

***Der Bauausschuss lehnt diesen Antrag mehrheitlich mit 2 Ja- und 10 Neinstimmen bei 2 Enthaltungen ab.***

Herr Howe beantragt die Verwaltung zu beauftragen, Kontakt mit der LVS aufzunehmen, um die Wirtschaftlichkeit eines solchen Haltepunktes zu prüfen.

Herr Schindler lässt über den Antrag von Herrn Howe abstimmen.

***Der Bauausschuss lehnt diesen Antrag mehrheitlich mit 3 Ja- und 10 Neinstimmen bei 1 Enthaltung ab.***

**Ende des öffentlichen Teils: 18.45 Uhr**

**Beginn des nichtöffentlichen Teiles: 18.45 Uhr**  
Siehe eigenes Protokoll.

**Ende des nichtöffentlichen Teiles: 19.30 Uhr**

**Beginn des 2. öffentlichen Teiles: 19.30 Uhr**

### **III. Öffentlicher Teil der Sitzung**

#### **17.0 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse**

Der Bauausschussvorsitzende gibt die im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse und Ergebnisse der Öffentlichkeit bekannt.

Er beendet die Sitzung um 19.30 Uhr.

Die  
**nächste Sitzung des Bauausschusses**  
findet am  
**07.12.2008 um 16:00 Uhr**  
im Foyer der Bauverwaltung  
statt.

Sven Schindler  
**Vorsitzender des Bauausschusses**

Dennis Bössow  
**Protokollführer**